

Buschmann will Gefängnisse entlasten

Volle Haftanstalten, hohe Kosten im Justizvollzug: Der Justizminister will Ersatz für Freiheitsstrafen schaffen.

Berlin. Wer eine Geldstrafe nicht zahlen kann oder will, soll nach den Vorstellungen von Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) künftig nicht mehr so viel Zeit ersatzweise hinter Gittern verbringen müssen. Ein Entwurf, der am Dienstag zur Abstimmung an die anderen Ressorts der Bundesregierung verschickt wurde, sieht vor, dass ein Tag Ersatzfreiheitsstrafe nicht mehr einem, sondern zwei sogenannten Tagessätzen entsprechen soll. Die Zeit hinter Gittern würde dadurch also kürzer. Geldstrafen, die bei Nichtzahlung in die Haftanstalt führen, werden zu etwa einem Drittel wegen kleinerer Diebstähle oder Betrügereien verhängt.

Kurz notiert

Steinmeier nimmt an Flut-Gedenken teil

Düsseldorf/Euskirchen. Zum Jahrestag der Flut-Katastrophe in Nordrhein-Westfalen wird es am 14. Juli eine Gedenkfeier mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in Euskirchen geben. Er wird auf Einladung von Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) mit Angehörigen der Opfer an einem Gottesdienst der katholischen und evangelischen Kirche teilnehmen. Bei der Hochwasserkatastrophe 2021 waren in NRW 49 Menschen gestorben.

Dahmen rät zur Maske im Innenraum

Berlin. Der Grünen-Gesundheitsexperte Janosch Dahmen (Bild) hat angesichts steigender Corona-Infektionszahlen zum Maskentragen in Innen-



räumen aufgerufen. Im Moment werde in Innenräumen vielfach kein Schutz mehr getragen, was es dem Virus »superleicht« mache, sagte er. Masken sollten daher schon jetzt freiwillig auch in Innenräumen getragen werden.

Anschlag auf Linke: kein Täter bekannt

Oberhausen. Nach der Explosion an einem Parteibüro der Linken in Oberhausen (Nordrhein-Westfalen) hat die Polizei Hinweise auf einen selbst gebastelten Sprengsatz gefunden. Laut Ermittlerkreisen soll eine sogenannte Unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtung (USBV) verantwortlich sein. Hinweise auf mögliche Täter gibt es demnach noch nicht.

Polizei gelingt Schlag gegen Schleuser

Den Haag. Bei einem Groß Einsatz gegen Schleuserbanden in 22 europäischen Ländern hat die Polizei über 130 Verdächtige festgenommen. Das teilte die europäische Polizeibehörde Europol am Dienstag in Den Haag mit. Die Durchsuchungen fanden zwischen dem 6. und 13. Juni statt und richteten sich gegen Kriminelle, die Kinder schleusen.

Leitartikel

Inflation gefährdet den Zusammenhalt

Nicht einmal die Corona-Krise konnte den Optimismus der Deutschen nachhaltig erschüttern. Als viele Geschäfte schließen mussten und das Land in eine tiefe Wirtschaftskrise geriet, sorgten sich zwar Millionen Menschen um ihren Arbeitsplatz – doch schon Monate später kehrte die Zuversicht zurück. Mit großem Aufwand hatte die Politik es geschafft, die Wirtschaft zu stabilisieren und massenhafte Pleiten abzuwenden.

Milliardenhilfen und Kurzarbeit trugen dazu bei, Firmen und Jobs abzusichern – sie stärkten zugleich das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik.

Rund eineinhalb Jahre lang waren die Zuversichtlichen in der Mehrheit – nun liegen sie laut dem BaWü-Check der Ba-

württembergischen Tageszeitungen mit einem Anteil von 24 Prozent wieder weit hinter denen zurück, die den kommenden zwölf Monaten mit Befürchtungen entgegensehen: ein massiver Stimmungsumschwung.

Dabei dominiert dieses Mal nicht die Angst um den Arbeitsplatz, sondern die Frage, wofür das Geld angesichts stark steigender Preise noch reicht. Rund die Hälfte will sich beim Autofahren oder bei Restaurantbesuchen einschränken, über 40 Prozent beim Urlaub und beim Kauf von Lebensmitteln.

Vor allem Geringverdienern geht die Geldentwertung an die Substanz. In den unteren Einkommensgruppen fühlen sich 82 Prozent stark oder sogar sehr stark belastet und da-

mit deutlich mehr als in der Gesamtbevölkerung. Sie schränken sich folglich auch viel stärker ein. Setzt sich die Entwicklung fort, wird der Urlaub wieder ein Privileg für Besserverdiener. Die zumindest gefühlte Spaltung der Gesellschaft wird durch die Inflation deutlich vergrößert, denn diese wirkt wie eine Steuer, die vor allem Geringverdiener belastet. Diese geben besonders viel von ihrem Einkommen für den Konsum aus, der nun wesentlich teurer wird.

Die Umfrage zeigt, welchen Zündstoff diese Entwicklung birgt. Ein verstärktes Auseinanderdriften der Gesellschaft ist eine Steilvorlage für Populisten. Längst hat die AfD die Inflation als ideales Thema er-
kannt, um den einen Teil der

Wähler als Projektionsfläche für den Frust der anderen zu nutzen. Die Gesellschaft sei gespalten in diejenigen, die erst an der Tankstelle bemerken, dass das Leben teurer wird und jene, die sich seit Langem kein Auto leisten könnten und nun für die Freiheit frieren sollten, erklärte

Leitartikel

Von Klaus Köster



Parteichef Tino Chrupalla. Bisher profitiert die Partei nicht von der Krise – doch angesichts der möglichen Verschärfung der Lage durch einen russischen Gas-Lieferstopp

kann sich die Stimmung auch drehen.

Ein Ausgleich, der sozial schwache Haushalte vor Überschuldung oder Pleite schützt, ist nötig, um die Lasten gerechter zu schultern. Klar ist allerdings auch, dass das Geld, das die Verbraucher zusätzlich ausgeben müssen, vor allem ins Ausland fließt – etwa zu den Lieferanten von Öl und Gas. Dieses Geld lässt sich in Deutschland nicht umverteilen. Einige Firmen wie Mercedes schaffen es zwar, derart an der Preis- und Inflations-schraube zu drehen, dass sie trotz Kostensteigerung hohe Gewinne erzielen – in Summe aber kostet die Inflation Wohlstand, der sich auch durch Geld aus der Staatskasse nicht wird aufrechterhalten lassen.

Parlament gegen »grüne« Atomenergie

Taxonomie | Kampfabstimmung in Straßburg / Abgeordnete werfen Kommission Selbstherrlichkeit vor

In Straßburg kommt es zu einer Kampfabstimmung über die Pläne der EU-Kommission, Atomkraft und Gas als umweltfreundliche Energien einzustufen. Die Parlamentarier könnten die Taxonomie blockieren.

■ Von Knut Krohn

Brüssel. Kurz vor der Entscheidung rühren die Gegner der umstrittenen Taxonomie die ganz große Werbetrommel. »Ruft bei den Abgeordneten in den Wahlkreisen an. Bleibt sachlich, habt die besseren Argumente zur Taxonomie und kommt ins Gespräch mit ihnen«, forderte der CDU-Europa-Parlamentarier und Umweltpolitiker Peter Liese während einer Veranstaltung im Internet auf.

Die Unruhe unter den Abgeordneten ist ungewohnt groß, denn sie haben es an diesem Mittwoch in der Hand, die Pläne der EU-Kommission zu durchkreuzen, die Investitionen in Atomkraft und Gas als klimafreundlich einstufen will. Über Monate hatten die Gegner dieser sogenannten Taxonomie Stimmen für ihr Vorhaben gesammelt. Was anfangs noch völlig aussichtslos schien, rückt inzwischen unerwartet in greifbare Reichweite. Zuletzt lehnten der Umwelt- und der Wirtschaftsausschuss des Parlaments knapp die Taxonomie



Nach dem Willen der EU-Kommission soll Atomkraft im Kampf gegen den Klimawandel als nachhaltig eingestuft werden. Dagegen wehrt sich das Europa-Parlament. Foto: Weigel

in ihrer vorliegenden Form ab. »Wir haben inzwischen rund 290 Abgeordnete, die dagegen stimmen werden«, sagt Michael Bloss von den Grünen. Das aber ist zu wenig, denn benötigt wird die absolute Mehrheit von 353 Stimmen im 705 Sitze zählenden Parlament.

Der erbitterte Streit um die Taxonomie ist in der Silvesternacht des Jahres 2021 losgebrochen. Kurz vor Mitternacht veröffentlichte die EU-

Kommission das höchststrittene Papier. Die Taxonomie soll Investoren und Banken einen Leitfadens geben, welche Technik in Sachen Klima als nachhaltig einzustufen ist. Sie hat daher für die Finanzbranche, aber auch für Deutschland insgesamt große Bedeutung, da immer mehr Investoren nur in grüne Technologien einsteigen wollen. Vor allem auf Drängen von Frankreich, wurde die Atomkraft in die Taxonomie aufge-

nommen, Deutschland machte sich für Gas stark.

Die Parlamentarier waren verärgert über das in ihren Augen selbstherrliche Vorgehen der Kommission. Viele der Abgeordneten machten danach ihre eigene Position deutlich und es zeigte sich, dass sich die Grenzen bei diesem Thema quer durch alle Fraktions- und Ländergruppen ziehen. Selbst viele der als sehr wirtschaftsfreundlich eingestuften konservativen Abgeordneten

lehnen den Leitfadens ab. »Am Markt gibt es schlichtweg keinen Appetit für eine Taxonomie mit Kernenergie und Gas«, erklärte Markus Ferber nach der Abstimmung im Wirtschaftsausschuss. Der CSU-Europa-Abgeordnete ist wirtschaftspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion. »Eine Taxonomie, die vom Markt nicht akzeptiert wird, ist das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben ist«, lautet sein vernichtendes Fazit.

Die Grünen, die als einzige Fraktion im Parlament den Vorschlag geschlossen ablehnen, haben nach dem Überfall Russlands ein neues, sicherheitspolitisches Argument an die Hand bekommen. Der schnelle Abschied Europas vom Gas sei nicht nur besser für das Klima, sondern beende auch die Abhängigkeit von russischen Energie-Importen, erklärt Michael Bloss, stellvertretendes Mitglied im Umweltausschuss.

Die EU-Kommission hat den Aufstand der Abgeordneten allerdings nicht nur durch das provozierende Timing der Veröffentlichung befeuert. Die Taxonomie wurde als sogenannter Delegierter Rechtsakt angelegt. Das heißt, dass das Parlament und auch die Mitgliedstaaten dem Rechtsakt nicht zustimmen müssen. Sie können ihn lediglich durch ihren Einspruch blockieren. Das aber hat viele der Abgeordneten zusätzlich empört, weil sie sich schlicht übergangen fühlten.

Die Karikatur



Dauerschleife

Skandal-OB wirft das Handtuch

Personalie | Viele Vorwürfe: Awo-Affäre, Egoismus, Sexismus

Frankfurt. Der Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann hat seinen Rückzug für Anfang 2023 angekündigt. Er werde im kommenden Januar beantragen, seine Amtszeit zum Monatsende zu beenden, teilte er wegen Korruptionsverdachts angeklagte SPD-Politiker am Dienstag in Frankfurt mit.

»Damit möchte ich der Stadt Frankfurt ein quälendes und teures Abwahlverfahren ersparen – und die Gelegenheit nutzen, meine Amtsgeschäfte nach nunmehr über zehn Jahren zu einem ordentlichen Abschluss zu bringen.

Ich werde ein geordnetes Haus übergeben«, erklärte er. Feldmann war erstmals 2012 zum OB der hessischen Metropole gewählt und 2018 für weitere sechs Jahre in seinem Amt bestätigt worden.

Der 63-Jährige ist im Zusammenhang mit der Awo-Affäre angeklagt und war zudem in den vergangenen Wochen durch weitere Ausrutscher ausgefallen. Im März hatte die Frankfurter Staatsanwaltschaft Anklage wegen eines hinreichenden Tatverdachts der Vorteilsannahme erhoben. Feldmanns Frau soll als Leiterin einer Awo-Kita

»ohne sachlichen Grund« ein übertarifliches Gehalt bezogen haben, wie es hieß.

Zuletzt löste der OB mehrfach Kopfschütteln aus. So tauchte ein Video mit einem sexistischen Spruch von Feldmann auf. Zudem hatte das Stadtoberhaupt bei der Feier zum Europapokalsieg von Eintracht Frankfurt für Irritationen gesorgt, als er Eintracht-Kapitän Sebastian Rode und Trainer Oliver Glasner den Pokal aus der Hand nahm, um damit in Richtung Kaisersaal vorwegzuschreiten, was von vielen als selbstgefällig bewertet wurde.